

Grüne Außenpolitik:

Im Auftrag der Zukunft

aktiv – verantwortlich – verlässlich

Mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Russland die europäische Friedensordnung erschüttert. Die Zeitenwende fordert seither unter hohem Zeitdruck Antworten, um die Ukraine, aber auch unsere Demokratie und Freiheit zu verteidigen. Doch auch weltweit gilt es,

den Frieden zu sichern, Menschenrechte und Völkerrecht zu stärken, unsere Lebensgrundlagen zu schützen und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Dazu braucht es eine starke und handlungsfähige EU.

X Die Ausgangslage zu Regierungsbeginn:

- » Strategische Fehlentscheidungen, z.B. in der Energie- und Russlandpolitik
- » Kurzfristige Wirtschaftsinteressen im Vordergrund
- » „Greenwashing“ statt Klimaschutz
- » Sicherheits- und verteidigungspolitisch schlecht aufgestellt
- » Ambitionslose Europapolitik

✓ Die Ziele

unserer Außenpolitik waren deshalb:

- » eine strategische Neuausrichtung vornehmen
- » eine wertegeleitete Außenpolitik betreiben
- » internationalen Klimaschutz substantiell voranbringen
- » die Sicherheit und Resilienz Deutschlands und Europas stärken
- » Die EU auf Zukunftskurs bringen

Hier zeigen wir, wie uns das gelungen ist.

Wir unterstützen die Ukraine

Wir stehen gemeinsam mit unseren europäischen und globalen Partnern fest an der Seite der Menschen in der Ukraine und unterstützen sie in ihrem Recht auf Selbstverteidigung, Freiheit und Selbstbestimmung: **humanitär, diplomatisch, wirtschaftlich und militärisch**. Wir alle wünschen uns nichts sehnlicher als Frieden.

- » Seit dem russischen Überfall hat Deutschland der Ukraine bereits **Hilfen im Gesamtwert von knapp 37 Milliarden Euro** zur Verfügung gestellt und **mehr als eine Million geflüchteter Menschen aufgenommen**.
- » Mit einem interfraktionellen Antrag haben wir unmittelbar im April 2022 **weitreichende Sanktionen gegen Russland und Belarus** begrüßt und die Lieferung auch schwerer Waffen an die Ukraine zur Selbstverteidigung gefordert. Auf unseren Druck hin forderte der Bundestag im Februar 2024 auch die Lieferung weitreichender Waffensysteme.
- » Wir werden die Ukraine auch nach Kriegsende nicht allein lassen und auf ihrem Weg in die EU und NATO unterstützen. Deutschland unterstützt bereits den **Wiederaufbau** des Landes national („Plattform Wiederaufbau Ukraine“) und auf Ebene der G7. Wir wollen zudem die Verantwortlichen für den Angriffskrieg und der zahllosen darin verübten Verbrechen international **zur Rechenschaft ziehen**.

Gesamthilfe für die Ukraine:



Wir gehen es strategisch an

Wir stehen für einen **integrierten Sicherheitsbegriff**, der verschiedene Dimensionen innerer und äußerer Sicherheit zusammendenkt. Das heißt, Sicherheit ist nicht mehr nur auf Militär und Diplomatie beschränkt, sondern wird **in sämtlichen Politikbereichen mitgedacht** – von der Energie- über die Digitalpolitik bis zur Entwicklungszusammenarbeit. Im Zentrum steht die menschliche Sicherheit.

- » Als Teil der Bundesregierung haben wir Deutschlands erste ressortübergreifende **Nationale Sicherheitsstrategie** auf den Weg gebracht. Die Strategie definiert Sicherheitspolitik umfassend entlang von drei Dimensionen: Wehrhaftigkeit, Resilienz und Nachhaltigkeit.
- » China ist für uns zunehmend Wettbewerber und systemischer Rivale sowie weiter Partner. Deshalb richten wir die Chinapolitik in unserer **Chinastrategie** neu aus: Wir wollen Risiken, gerade für unsere Wirtschaft, minimieren und Resilienz sowie Diversifizierung fördern – gemeinsam mit unseren europäischen Partnern. Ziel der Strategie ist eine Politik, die die internationale regelbasierte Ordnung schützt und damit unseren Werten und Interessen dient.
- » Wir wollen ein **Zentrum für strategische Vorausschau** einrichten, um Risiken und Chancen für unsere Sicherheit in allen Bereichen dank besserer Frühwarnsysteme zeitig zu erkennen.

NATIONALE SICHERHEITSSTRATEGIE =



Wir geben dem Klimaschutz **höchste Priorität**

Die Klimakrise verschärft Konflikte, destabilisiert Gesellschaften und beeinträchtigt Frieden und Stabilität auf der ganzen Welt. Wir haben deshalb **Klimaaußenpolitik** als festen Bestandteil der Außenpolitik etabliert. Sie ist aktive Friedens- und Sicherheitspolitik und ein wichtiger Beitrag zur zivilen Krisenprävention.

- » Ende 2023 haben wir die erste **Klimaaußenpolitikstrategie** Deutschlands verabschiedet. Sie bündelt ressortübergreifend die klimapolitischen Ziele der Ministerien und ist klar am Pariser Klimaziel von 1,5 Grad ausgerichtet.
- » Bei der COP27 hat Deutschland 2022 maßgeblich dazu beigetragen, einen **Fonds für klima-bedingte Schäden und Verluste** einzurichten. Auf Annalena Baerbocks Vorschlag wurde bei der COP28 in Dubai beschlossen, globale Ziele

für den Ausbau der Erneuerbaren und die Steigerung der Energieeffizienz festzuschreiben. Und auch die historische Einigung auf die **globale Abkehr von den fossilen Energien** wäre ohne Deutschlands und Europas diplomatischen Einsatz kaum möglich gewesen.

- » Im Rahmen der **internationalen Klimafinanzierung** sollen jährlich ab 2035 aus privaten und öffentlichen Quellen mindestens 1,3 Billionen US-Dollar fließen, davon mindestens 300 Milliarden aus den Industriestaaten. Wir haben im Haushalt das Geld bereitgestellt, um erstmals Deutschlands Zusagen von **6 Milliarden Euro pro Jahr** einzuhalten. Damit können die Länder des Globalen Südens sich gegen die Klimakrise wappnen und ihre Wirtschaft und Energieversorgung klimafreundlich umbauen.

Weltweites Ziel bis 2030:

200% mehr erneuerbare Energien



100% mehr Energieeffizienz

Wir haben einen klaren Wertekompass



Wir stehen für eine aktive und **wertegeleitete Außenpolitik**. Dass sich alle an das Völkerrecht und die Menschenrechte halten, ist in unserem ureigenen Interesse. Allen Menschen auf der Welt stehen die gleichen Rechte zu. Frauen- und Minderheitenrechte sind ein Gradmesser für den Zustand von Gesellschaften. Deshalb muss sich auch die Außenpolitik gezielt den Fragen von Chancengleichheit, Vielfalt und Inklusion stellen.

Religion, mit oder ohne Behinderung – zu berücksichtigen.

- » Auf unser Drängen hat sich die Regierung auf eine **feministische Ausrichtung** der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik verständigt. Ihr Ziel ist es, die Perspektiven aller Menschen – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung und Identität, Hautfarbe,

- » Das Auswärtige Amt und das BMZ haben im März 2023 **Leitlinien für feministische Außenpolitik** bzw. eine **Strategie für feministische Entwicklungspolitik** vorgelegt. Diese richten die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik stärker an den Rechten und Bedürfnissen von Frauen und marginalisierten Gruppen aus.

- » Zu einer wertegeleiteten Außenpolitik gehört auch die Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes. Nach 125 Jahren hat das Auswärtige Amt gemeinsam mit der Beauftragten für Kultur und Medien 20 in der Kolonialzeit geraubten **Benin-Bronzen** an Nigeria zurückgegeben – ein erster Schritt zur Behebung eines historischen Unrechts.

BITTE WENDEN

Wir stellen unsere Verteidigung besser auf

Angesichts zunehmender äußerer Bedrohungen, insbesondere durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, gilt es, wieder wehrfähiger zu werden und die **Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit Europas und der NATO zu stärken**. Wir müssen in der Lage sein, unsere Friedensordnung, Freiheit und Demokratie gegen ihre Feinde zu schützen.

- » Deshalb haben wir die **Bundeswehr** strukturell, materiell und personell neu ausgerichtet: mittels des **Sondervermögens von 100 Milliarden Euro**, eines beschleunigten Beschaffungswesens und einer verbesserten Ausstattung und Ausrüstung.
- » Die **Auslandseinsätze der Bundeswehr** und insbesondere den Einsatz in Afghanistan haben wir

in einer Enquete-Kommission und einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss umfassend analysiert und ausgewertet und Lehren für künftige Friedenseinsätze gezogen.

- » Wir haben dafür gesorgt, dass Verfassungsfeind*innen aus der Bundeswehr schneller entlassen werden können und die Gleichstellung der Geschlechter in der Bundeswehr vorankommt.
- » Wir stellen sicher, dass Deutschland ein **verlässlicher globaler Partner** im Rahmen von NATO, EU und UN bleibt. Mit der dauerhaften Stationierung einer Brigade der Bundeswehr in Litauen leisten wir einen wichtigen Beitrag zur glaubhaften Verteidigungsbereitschaft der NATO.



Wir stärken Europa

Die **Europäische Union** ist die Grundlage für unseren Frieden, unseren Wohlstand und unsere Freiheit. Wir Grüne im Bundestag stärken den europäischen Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit.

- » Wir treiben den **EU-Erweiterungsprozess** voran: mit der Zustimmung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau sowie der Unterstützung des Beitrittsprozesses auf dem Westbalkan. Damit legen wir die Grundlage für langfristige Partnerschaften und mehr Stabilität in Europa.
- » Wir wollen, dass die EU handlungsfähig bleibt und resilienter wird, gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik. Deshalb haben wir die Festlegung der sogenannten Granada-Formel im Europäischen Rat unterstützt: Erweiterung und **Reformen** sollen demnach künftig parallel vorangetrieben werden. Wir haben uns intensiv für ein Ende von Blockaden durch Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik eingesetzt.
- » Die EU muss auch nach innen wehrhaft sein. Deshalb haben wir die erstmalige Anwendung des **EU-Haushaltsmechanismus bei Rechtsstaatsverstößen gegenüber Ungarn** als ersten Schritt bekräftigt. Das Einfrieren der EU-Gelder war aufgrund massiver, langjähriger Korruption in Ungarn unter Orban lange überfällig.

ZUM WEITERLESEN:

» gruene-bundestag.de/publikationen

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit
TEL 030 227 59062, oea@gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Gestaltung: Stefan Kaminski
Illustrationen: Kaminski, Shutterstock, Stand: Januar 2025



gruene-bundestag.de/3jahre